

EU-GIPFEL IN LAEKEN

Kriegsführung auf europäisch



15 Staaten, ein militärischer Oberbefehl: Die EU-Mitgliedstaaten arbeiten kräftig an einer gemeinsamen "Schnellen Eingreiftruppe" für internationale Einsätze.

(Foto: EU)

Einige Hürden müssen zwar noch aus dem Weg geräumt werden, die Richtung steht jedoch fest: Die EU hat eine Armee. Damit will sie künftig in internationalen Krisenherden präsent sein können.

Für "mehr soziales Europa", gegen das Anti-Terror-Paket der EU und gegen den Krieg in Afghanistan gingen am vergangenen Donnerstag rund 80.000 Menschen in Brüssel auf die Straße. Am Vortag des EU-Gipfels hatte der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) dazu aufgerufen - am stärksten vertreten waren mit 45.000 und 20.000 die Delegationen aus Belgien und Frankreich. Aber auch die Fahnen von Solidarnosc, des Deutschen Gewerkschaftsbundes oder von slowakischen und kroatischen Syndikaten wehten im eiskalten Brüsseler Wind. Der Generalsekretär des EGB Emilio Gabaglio verhalten optimistisch: "Seit dem Gipfel in Nizza vor einem Jahr gab es Fortschritte, doch das soziale Europa kommt nur mit kleinen Schritten voran", stellte der Gewerkschaftschef während der Auftaktkundgebung fest.

Derweil wurde jenseits der Mauern des Laekener Schlosses am Brüsseler Stadtrand etwas Anderes erörtert: der erste offizielle Militäreinsatz einer gesamteuropäischen Armee. "Ich denke, dass man von einem Wendepunkt in der Geschichte der Europäischen Union reden kann", jubelte Belgiens Außenminister Louis Michel, als er am Freitagabend der überraschten Presse von einem unmittelbaren bevorstehenden "wichtigen Präzedenzfall" berichtete: Alle 15 Mitgliedstaaten würden zusammen eine Friedenstruppe von 4.000 Soldaten nach Afghanistan entsenden. Mit dem Gipfel in Schloss Laeken geht Belgiens Präsidentschaft der Europäischen Union zu Ende, eine Aufgabe, die alle sechs Mona-

te ein anderes EU-Mitglied übernimmt. Bevor er die europäische Fackel an Spanien weitergab, wollte Michel offensichtlich historische Akzente setzen.

Seine beherzte Initiative war jedoch selbst den ungeduldigsten Kriegsbefürwortern seiner Kollegen etwas zu voreilig. "Selbst wenn wir wollten [eine EU-Einheitstruppe für Afghanistan aufstellen], könnten wir nicht", sagte der deutsche Außenminister Joseph Fischer gegenüber Journalisten. "Diese Angelegenheit wird innerhalb des UN-Sicherheitsrates geregelt." Fischer meinte, zwar müsse die Rolle der EU im Post-Taliban-Prozess sichtbar sein, noch aber sei "man nicht so weit mit den Strukturen" der eigenen Verteidigungspolitik. Es gebe in diesem Punkt keine Kontroverse sondern ein "Missverständnis", stellte Bundeskanzler Gerhard Schröder am Freitagabend klar. Auch für Schröder stand fest, dass der Einsatz vom Beschluss des UN-Sicherheitsrates abhängt, der Zeit und Raum festlegt. Deutschland wird möglicherweise mit 1.500 Mann an der Aktion beteiligt sein. Die EU werde jedoch keine eigene Truppe entsenden, aber über die militärischen Einheiten ihrer Mitgliedstaaten dabei sein, so Schröder.

Und doch: Seit dem Laekener Gipfel hat Europa eine Armee. Bis 2003 soll ein Heer von 60.000 Soldaten für Kriseneinsätze bereitstehen. Bei Bedarf sollen sie innerhalb von 60 Tagen Gewehr bei Fuß stehen und bis ein Jahr lang in einem Umkreis von 3.000 Kilometern um Europa herum aktiv sein. Die Europäische

Schnelle Eingreiftruppe war seit einigen Jahren ein Gipfel-Dauerbrenner. Allerdings konnten die 15 Mitgliedstaaten in dieser Sache lange Zeit nicht über den nationalen Tellerrand blicken. Seit dem 11. September kamen sie jedoch wesentlich schneller voran. Selbst den Hauptstreitpunkt, die Finanzierung der neuen europäischen Armee, konnte man weitgehend aus dem Weg räumen.

Friedensschaffende Armee

Darüber, welche Aufgaben die Truppe übernehmen soll, haben die Staats- und Regierungschefs in Laeken ebenfalls beraten. "Wenn wir sagen, die Eingreiftruppe ist funktionsbereit, meinen wir, dass ihre wesentlichen Aufgaben darin bestehen, humanitäre Missionen zu erfüllen", hatte der britische Europa-Minister Peter Hain im vergangenen Monat betont. "Und nicht, dass die Truppe befugt ist, sich an friedens erzwingenden Maßnahmen (peace enforcement operations) zu beteiligen." In der Job-Description der Eingreiftruppe waren zunächst lediglich die so genannten "Petersberg-Aufgaben" vorgesehen. Dazu gehören humanitäre Einsätze, friedenerhaltende und friedensschaffende Maßnahmen im Krisenmanagement. Doch nach den Attentaten in New York würden manche EU-Minister das Betätigungsfeld der Truppe gerne weiter fassen. "Die Idee ist Schritt für Schritt entwickelt worden", sagte Belgiens Premierminister Guy Verhofstadt Anfang Dezember. "Der 11. September war das Element, das die Sache

beschleunigt hat." Im Gespräch ist etwa die Beteiligung an Bombardements wie in Afghanistan und die Schaffung von Spezialeinheiten. Am Samstag beschlossen die 15 dann formell, eine 4.000 Personen starke Friedenstruppe nach Afghanistan zu entsenden.

Kurz vor dem Gipfel schien die Einheitsstimmung getrübt: Griechenland wollte bei der Einheitstruppe nicht mitmachen, weil die EU ein Abkommen mit der Türkei getroffen hatte. Um die Eingreiftruppe aufzustellen, muss die EU nämlich auf Strukturen und Ausrüstung der Nato zurückgreifen. Während der letzten zwei Jahre hatte jedoch die Türkei den Zugriff trotz intensiver Verhandlungen blockiert und ein Veto-recht bei Operationen in ihrer Sicherheitssphäre verlangt. Auf den Deal, der Türkei ein Mitspracherecht bei den Aktivitäten der schnellen Eingreiftruppe einzuräumen, wollte sich die EU schließlich einlassen. Doch Griechenland blieb hart. Man brauche eine Rückversicherung, dass der Deal mit der Türkei nicht die strategischen Interessen Griechenlands gefährde, hieß es dazu aus Athen.

"Die letzten Hürden um eine Einigung über das EU-Nato-Abkommen zu erreichen, werden in den nächsten Wochen und Monaten aus dem Weg geräumt", kündigte jedoch Belgiens Premierminister Guy Verhofstadt am Rande des Gipfels an. Dennoch fiel die groß angekündigte Geburtsstunde der EU-Armee etwas weniger feierlich aus als geplant. Denn ohne einen Zusatzpakt, in dem festgehalten ist, dass die EU die Nato-Lo-

gistik grundsätzlich mitnutzen kann, schwindet die Glaubwürdigkeit der neuen Truppe. Das Abkommen mit der Türkei dürfte ohnehin vor allem einem schnellen Einsatz der Truppe im Weg stehen: Jedes Mal, wenn in einer Operation der schnellen Eingreiftruppe auf die Nato zurückgegriffen werden soll, müssen sich die Mitglieder des Nordatlantik-Bündnisses treffen und von Fall zu Fall entscheiden.

Doch der Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei dürfte nicht das einzig verbleibende Problem bei der Aufstellung der EU-Truppe sein. Ob die schnelle EU-Truppe im wirklichen Kriegsgeschehen mit US-Streitkräften mithalten kann, ist ungewiss. Denn auch wenn es kaum an menschlichen Ressourcen fehlen wird, die Mängelliste des gesamteuropäischen Kriegsmaterials ist lang. Die verschiedenen Armeen verfügen über unterschiedliche, zum Teil nicht kompatible Waffensysteme. Zudem hapert es an einer abhörsicheren Kommunikation, es gibt kein europäisches Satelliten-Navigationssystem und im Arsenal fehlen Präzisionswaffen wie Cruise Missiles oder Abwehrgeschosse sowie adäquate Transportkapazitäten auf dem Wasser oder zu Land.

Demnach wäre die EU gar nicht in der Lage, ihre "Rapid Reaction Force" schnell in die anvisierten Krisengebiete zu befördern. Nach Meinung von Experten wären dazu mehr als 60 Seetransporter notwendig, bislang stehen aber nur sechs zur Verfügung. Um die größten Lücken zu schließen, wäre es notwendig, die militärischen Aufgaben und die dazugehörige Material- und Know-how-Beschaffung europaweit zu verteilen. Doch die Finanzierung der Truppe sowie des gemeinsamen Arsenal ist immer wieder Streitthema zwischen den 15 EU-Staaten. Das "International Institute for Strategies Studies" (IISS) kam im Oktober in seiner Untersuchung "The Military Balance 2001-2002" zu dem Schluss, dass die europäischen Staaten ihre Budgets und Strukturen den militärischen Realitäten anpassen müssen. Dabei würde die Debatte in Deutschland über eine Modernisierung der Armee einen frischen Impetus liefern. Fazit auch dieser Studie: Für eine effiziente EU-Truppe müssen die 15 in der Zukunft etwas tiefer in die Tasche greifen. Nicht nur deswegen wird die Schnelle Eingreiftruppe künftig ein fester Punkt auf der Tagesordnung von EU-Gipfeln sein.

Danièle Weber